

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 31. Ratssitzung vom 12. Dezember 2014

577. 2014/280
Weisung vom 10.09.2014:
**Finanzverwaltung, Budgetentwurf 2015 (Detailbudget und Produktegruppen-
Globalbudgets)**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 30, Beschluss-Nr. 577/2014).

Beschlüsse:

Antrag 092.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): *Wir leben in einer Stadt, die von einer rot-grünen Regierung heruntergewirtschaftet wurde. In einer solchen Situation gibt es nicht viele Möglichkeiten. Die bestehende Infrastruktur soll länger genutzt werden. Die Parkkartenverwaltung ist ein funktionierendes System, auch wenn es sich nicht auf dem neusten technischen Stand befindet. Es ist fraglich, ob eine Erneuerung sinnvoll ist, zumal die Betriebskosten bei einer technischen Erneuerung nicht sinken. Meistens steigen sie, auch wenn die Ablösung vom alten System mit hohen Kosten und Betriebsrisiken begründet wurde. Deshalb werden in der Privatwirtschaft teilweise Anwendungen genutzt, die teilweise bis zu 20 Jahre alt oder älter sind. Sollte dem Stadtrat der Turnaround gelingen, dann wird auch genug Geld für derartige technische Neuerungen zur Verfügung stehen.*

Florian Utz (SP): *Die Mehrheit hält nichts von der Idee, die Parkkartenverwaltung herunterzuwirtschaften. Die Software muss gelegentlich erneuert werden. Wird diese Erneuerung nicht durchgeführt, besteht ein höheres Ausfallrisiko. Bei der Parkkartenverwaltung würde dies dazu führen, dass für jede neue Tageskarte ein neuer Amtsgang stattfinden müsste. Es handelt sich um eine Massnahme zur Umsetzung der Städteinitiative.*

2 / 27

S. 200	25 2506 3910 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Blaue Zonen Vergütung an OIZ für IT-Leistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
092.	Antrag Stadtrat				560 000	Mehrheit
			315 000		245 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP) Roger Liebi (SVP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Technische Erneuerungen Parkkartenverwaltung zurückstellen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 42 Stimmen zu.

Antrag 093.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): *Es war uns nicht möglich, die Anpassung für den Antrag einzugeben. Die AL reduziert den Kürzungsantrag auf 50 000 Franken. Die Begründung ändert sich ebenso. Die Stadtpolizei macht bei Personen, die sich in einem erleichterten Einbürgerungsverfahren befindet, Hausbesuche, um zu kontrollieren, ob es sich um Scheinehen handelt. Die Hausbesuche erweckten mediales Aufsehen. Der Auftrag ist vom Bund definiert und muss ausgeführt werden. Es ist fraglich, ob und auf welche Weise dies von der Stadt ausgeführt werden muss. Der Auftrag könnte in einer verträglicheren Form ausgeführt werden. Es handelt sich um 3,5 Vollzeitstellen. Angesichts der offenen Fragen sollte überprüft werden, ob dieser Auftrag auch mit weniger Personal durchgeführt werden könnte. Es geht uns darum, bei diesen Hausbesuchen, möglichst angemessene Verfahren durchführen zu können.*

Florian Utz (SP): *Die Meinungen der SVP und SP weichen innerhalb der Mehrheit voneinander ab. Zum Thema Polizeistellen wurden bereits intensive Diskussionen geführt. Wir sind der Ansicht, dass die Anzahl Polizeistellen weder erhöht, noch reduziert werden sollte. Wir sind deshalb auch gegen Kürzungsanträge, die fordern, in der ganzen Verwaltung 3,5 % der Stellen zu streichen. Den Antrag haben wir abgelehnt. Genauso lehnen wir den Antrag der AL ab. Es gibt Orte, an denen die Polizei weniger tun soll. Wir sind der Ansicht, dass es sich um einen Punkt handelt, der genau überprüft werden soll. Derzeit findet eine Reorganisation in der Stadtpolizei statt. Dieser Antrag betrifft einen Punkt, bei dem die Stadtpolizei weniger tun kann und soll. Gleichzeitig anerkennen wir,*

dass es Orte gibt, bei denen die Stadtpolizei mehr tun muss. Dies betrifft Nachteinsätze. Dennoch sind wir nicht bereit, das Personal aufzustocken. Die Stadtpolizei soll ihre Organisation überprüfen.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): *Florian Utz nahm zu diesem konkreten Antrag nicht ausreichend Stellung. Wir wollen explizit, dass an diesem Aspekt nichts verändert wird. Wir haben zum Thema Scheinehen eine ausführliche Anfrage eingereicht, in der wir fragen, warum es zum Thema Scheinehen nie zu Eheverweigerungen kommt. Solche Stichproben sind richtig. In einem Zeitungsbericht des Tages Anzeigers sagte Stadtrat Richard Wolff, an diesen Hausbesuchen festhalten zu wollen. Ich fordere ein klares Zeichen der SP gegen Scheinehen. Viele Personen nutzen diese Möglichkeit, um zu einem Aufenthaltsrecht zu gelangen. Die Stellen sollen nicht gestrichen werden. Die Stadtpolizei leistet in diesem Bereich gute Arbeit.*

Felix Moser (Grüne): *Ich kann Mauro Tuena (SVP) nur zu dem Punkt beipflichten, dass es um diese Hausbesuche geht. Es geht um Hausbesuche in Fällen, in denen sich ein Ehepartner erleichtert einbürgern lassen will. Die Grünen können grundsätzlich die Argumentation der AL nachvollziehen. Die Hausbesuche sind fragwürdig. Die Polizei geht manchmal unsensibel vor, es gibt schwierige Fälle. Deshalb finden wir eine Kürzung angebracht. Auch bei uns kamen Polizisten vorbei und ich weiss bis heute nicht, was kontrolliert wurde. Es gibt andere Lösungen, dafür braucht es keine Hausbesuche durch die Polizei. Die Polizei führt keine Stichproben durch, sondern flächendeckende Kontrollen.*

Michael Schmid (FDP): *Ich kann mich vollumfänglich dem Votum von Walter Angst anschliessen. Dieses Thema wirft sehr viele Fragen auf. Mit der Bürgerrechtsverordnung auf kantonaler Ebene ist es höchste Zeit, um diese Fragen zu beantworten. Die GPK beschäftigt sich seit einiger Zeit mit diesem Thema. Es wurden zahlreiche Fragen gestellt. Die Offenheit, diese Fragen zu beantworten, ist mässig vorhanden. Es handelt sich nicht um Stichproben, sondern um flächendeckende Probleme, die bei erleichterten Einbürgerungen durchgeführt werden. Bei ordentlichen Einbürgerungen kommt es nie zu derartigen Hausbesuchen. Es besteht somit ein gewisses Ungleichgewicht. Diese Fragen müssen diskutiert werden.*

Andreas Kirstein (AL): *Wir müssen die thematische Debatte zum Thema Scheinehen verschieben, da wir heute eine Budgetdebatte führen. Es geht um Abklärungen im Rahmen der erleichterten Einbürgerungen. Es geht nicht nur um Hausbesuche, sondern auch um andere Abklärungen. Es geht insbesondere um die Frage, ob es sich um einen Auftrag handelt, der von der Stadtpolizei oder vom Kanton durchgeführt werden soll. Auch möglich wäre eine Durchführung durch eine andere Amtsstelle denkbar. Ich habe mir erlaubt, neben den Abklärungen der GPK, eine schriftliche Anfrage einzureichen. Die Antwort erfolgte auf sehr einfache Weise, nichtsdestotrotz entfaltete die Anfrage eine grössere Wirkung, als erwartet. Im Departement fing man an, über die Rechtsgrundlagen und eine angemessene Umsetzung nachzudenken. Die inhaltliche Debatte*

zur Ausgestaltung und zur Frage, ob Hausbesuche überhaupt sinnvoll sind, beinhaltet nachgeordnete Fragen. Wir sind der Ansicht, man solle dem Polizeidepartement Zeit für sorgfältige Abklärungen gewähren. Nach Abschluss der Abklärungen soll uns ein Vorschlag unterbreitet werden. Im Rahmen einer Budgetdebatte müssen wir uns auf das Budget konzentrieren.

Claudia Simon (FDP): Wir von der FDP sind der Ansicht, dass Scheinehen erkannt werden müssen. Diese Besuche sind das falsche Instrument. Es geht nicht nur um Stichproben. Die Hausbesuche werden überall durchgeführt. Es werden auch Ehepaare besucht, die seit 25 Jahren miteinander verheiratet sind und gemeinsame Kinder haben. Wir sind der Ansicht, dass die Polizei viel wichtigere Aufgaben hat.

S. 202	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 0000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093.	Antrag Stadtrat				214 716 500	Mehrheit
			50 000		214 666 500	Minderheit
						Enthaltung
		Begründung:	Verzicht auf Sachgebiet «erleichterte Einbürgerungen» - Rechtsgrundlage unklar - Rückgabe des Auftrags an den Kanton			

Walter Angst (AL) beantragt namens der AL-Fraktion für den Antrag der Minderheit neu eine Kürzung um 50 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 44 Stimmen zu.

Antrag 094.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marc Bourgeois (FDP): Die Minderheit möchte nicht, dass dieser Budgetposten dieses Jahr um 50 % steigt. Es gab deshalb auch einen Tabellenantrag in der Höhe von 80 600 Franken, deshalb sprechen wir hier nur von einer Verbesserung von 191 900 Franken. Unser Auftrag an das Polizeidepartement beinhaltet Einsparungen bei unnützer Werbung. Das Ziel dieses Budgetpostens ist die Sicherstellung der Personalressourcen bei der Stadtpolizei. Letztes Jahr wurde dieser Budgetposten gekürzt, den-

noch gab es mehr Aspiranten. Die Beschreibung der Kausalität ist unter anderem wegen Zeitverzögerungseffekten problematisch. Eine kausale Beziehung zwischen Ausgaben im Personalbereich und der Anzahl Aspiranten ist schwierig. Es gibt immer zwei Ansätze zur Erfüllung des Stellenplans. Einer bezieht sich auf das Marketing und der Andere auf die Verbesserung des Produkts. Dieser Budgetposten zielt auf den ersten Ansatz ab. Eine Verbesserung des Produkts zielte in diesem Fall auf die Reduzierung von Burn Outs, die Reduzierung von Austritten und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dies ist mindestens so wichtig, wie Marketingmassnahmen. Bei den beliebtesten Arbeitgebern muss man sehr lange suchen, bis man herausfindet, wie man sich dort bewerben kann. Die Verbesserung des Produkts ist aus unserer Sicht somit zielführender. Dies beinhaltet auch Respekt gegenüber der Polizei und die Sinnhaftigkeit der Tätigkeit. Es ist nicht sinnvoll, die Personen festzunehmen und am nächsten Tag wieder laufen zu lassen. Teilweise hat die Stadt auf diese Dinge keinen Einfluss. Ebenfalls wichtig ist, die Polizisten an der Front einsetzen zu können. Der Stadtrat sagte, dass der Werbedruck dieses Jahr zu gering gewesen sei. Diese Antwort erschliesst sich mir nicht ganz, da gleichzeitig kein neues Konzept erarbeitet werden soll. Deshalb besteht kein Grund für eine Erhöhung des Budgets. Bei den ausserregionalen Printmedien wurde letztes Jahr gekürzt. Zahlreiche Polizisten leben nicht in der Stadt, manche Kreise haben damit ein Problem. Es reicht, auf dem Niveau des Budgets 2014 zu bleiben.

Florian Utz (SP): Vor 2014 belief es sich immer ungefähr auf 800 000 Franken, wurde 2014 um 300 000 Franken gekürzt. Unsere Befürwortung des Kürzungsantrags war durch den Umstand begründet, dass wir den Sparwillen des Polizeidepartements nicht ausreichend fanden. Bei den Zusatzkrediten beantragte das Polizeidepartement einen Zusatzkredit, dem die SVP zustimmen wollte. Jetzt sind die Fronten wieder umgekehrt, die SP ist gegen die Kürzung, die SVP dafür. Das Polizeidepartement plant glaubwürdige Sparmassnahmen. Es wurde ein Budget vorgelegt, das um 1 500 000 Franken tiefer liegt, als im Budget 2014. Das Budget ist auch tiefer als die Rechnung 2013.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Wir wissen nicht, welche Werbemassnahmen sinnlos sind. Deshalb brauchen wir das ganze Budget. Wenn das Produkt verbessert werden will, müssen die besten Personen rekrutiert werden. Die Möglichkeiten müssen voll ausgeschöpft werden. 2014 wurde ein neues Werbekonzept eingeführt, das für einige Jahre halten soll. Es geht darum, die drei nötigen Wellen zu fahren. Es geht nicht um die Verpackung. Kürzungen treffen die Quelle. Uns werden die nötigen Personen fehlen. Die Erfahrungen von 2014 zeigen, dass die Anzahl Bewerbungen um 20 % sank. Dies steht in direktem Zusammenhang mit den gesunkenen Werbeausgaben.

6 / 27

S. 203	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3092 0000	Personalwerbung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
094.	Antrag Stadtrat				805 800 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
			191 900		613 900 Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
						Begründung: Plafonierung auf Niveau Budget 2014

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 002. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 191 900 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 095.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Wir korrigieren den Betrag auf 62 400 Franken und beantragen eine Reduzierung, die auf dem Niveau der Rechnung 2013 basiert.

Florian Utz (SP): Auch bei diesem Konto findet die Mehrheit eine Reduzierung auf den Stand der Rechnung 2013 problematisch. Dies ist aus pädagogischen Gründen unglücklich. In der Rechnung 2013 waren die Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten auf verschiedenen Konten budgetiert. Ab 2014 wurden im Rahmen des Projekts Zoom alle Kosten auf einem Konto budgetiert. Deshalb ist eine Reduktion auf den Stand der Rechnung 2013 fragwürdig. Selbstverständlich kann das Projekt Zoom in Frage gestellt werden. Möglicherweise sind dadurch die Kosten gestiegen. Hierbei handelt es sich aber um eine andere Fragestellung.

7 / 27

S. 203	25 2520 3101 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
095.	Antrag Stadtrat				515 700	Mehrheit
			62 400		453 300	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Plafonierung auf Niveau Rechnung 2013			

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 005. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 62 400 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 096.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Martin Bürliemann (SVP): Dieser Betrag beinhaltet Präventionskampagnen und Öffentlichkeitsarbeit. Dies beinhaltet unter anderem Einbruchskampagnen und Medienkompetenzförderung. Eine Reduktion um knapp 20 % ist möglich.

Florian Utz (SP): Die Minderheit hält die Reduktion bei den Präventionskampagnen nicht für sinnvoll. Dies hat finanzpolitische Gründe. Wenn es zu Straftaten kommt, dann steigen die Kosten. Ein Verfahren wegen eines Taschendiebstahls kostet rund 5000 Franken. Bereits 20 solcher Verfahren kosten mehr als die Ausgaben für die Präventionskampagnen.

S. 203	25 2520 3107 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
096.	Antrag Stadtrat				498 500	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)

101 600

396 900 Mehrheit

Martin Bürlimann (SVP)
Referent, Vizepräsident
Walter Angst (AL), Samuel
Dubno (GLP), Dr. Urs
Egger (FDP), Roger Liebi
(SVP), Christian Traber
(CVP), Raphaël Tschanz
(FDP)

Begründung: Plafonierung auf Niveau Budget 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 097.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Bei diesem Konto sind wir der Ansicht, dass zu viel gespart werden soll. Es gibt einen Volksentscheid zugunsten der 2000-Watt-Gesellschaft. Ein wichtiger Pfeiler ist die ökologische Lebensmittelversorgung mit ökologisch produzierten Lebensmitteln aus der Region. Der Spardruck bei der Polizei führt dazu, dass deutlich weniger Geld auf diesem Budgetposten budgetiert wird, da billige Importware aus dem Ausland gekauft werden soll. Die Minderheit findet dies falsch. Wir beantragen eine Budgeterhöhung um 300 000 Franken. Wir finden diese Billigimporte aus drei Gründen falsch. Erstens finden wir es ökologisch falsch, da lange Transportwege und eine nicht-ökologische Produktionsweise in Kauf genommen werden. Zweitens sind wir der Ansicht, dass es ein Zeichen von Wertschätzung gegenüber Polizistinnen und Polizisten ist, wenn wir ihnen gute und hochstehende Lebensmittel ermöglichen. Drittens finden wir es finanzpolitisch problematisch, wenn die öffentliche Hand die Ausgaben kürzt und deshalb Lebensmittel im Ausland gekauft werden sollen, gleichzeitig in Bern die Subventionen an Landwirte erhöht werden. Es bedeutet auch Wertschätzung für die Schweizer Bauern, wenn in der Schweiz produzierte Lebensmittel gekauft werden.

Mauro Tuena (SVP): Dieses Parlament machte auch in der Vergangenheit Vorschriften zum Konsum von Lebensmitteln. Ich appelliere an die Freiheit jedes Einzelnen, eigenständig zu entscheiden, was er oder sie essen möchte. Es passt in den Drang, Vorschriften zu erstellen und die 2000-Watt-Gesellschaft umzusetzen. Die 2000-Watt-Gesellschaft ist mit solchen Anträgen nicht erreichbar. Die Menschen müssen frei entscheiden können, was sie essen möchten.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Wir streben mit diesem Antrag Wahlfreiheit an. Wir wollen, dass die Polizei die Möglichkeit hat, weiterhin ökologisch hochwertige Lebensmittel zu kaufen. Wenn jemand seine Lebensmittel lieber im ALDI kaufen möchte, muss er den Budgetposten nicht ausschöpfen. Die Wahlfreiheit wird dadurch beschränkt, wenn das Budget

9 / 27

reduziert wird.

Simon Kälin (Grüne): Diejenigen, die einer Einladung der Stadtpolizei gefolgt sind, haben vielleicht auch miterlebt, wie dort gekocht wird. Die Teams kaufen selbständig ein. Mit diesem Antrag bieten wir mehr Wahlmöglichkeiten. Wir erzwingen nichts. Die Personen haben die Möglichkeit, mehr für ökologische Lebensmittel auszugeben. Ein Drittel der persönlichen Umweltbelastung in der Schweiz geht auf die Ernährung zurück.

Roger Liebi (SVP): Wenn es so wäre, wie es von Simon Kälin (Grüne) dargestellt würde, müsste mehr budgetiert werden. Bei diesem Antrag handelt es sich pro Polizisten um 50 Franken im Jahr. Dieser Betrag ist nicht hoch und wird keine Veränderung im Einkaufsverhalten bewirken. Die Budgeterhöhung ist unehrlich. Die Leute sollen umerzogen werden.

S. 203	25 2520 3135 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Lebensmittel				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
097.	Antrag Stadtrat			100 000	526 200 626 200	Mehrheit Minderheit Enthaltung
			Begründung:	Weiterhin ökologisch hochwertige Lebensmittel aus der Region beziehen, statt vermehrt Billigimporte zu kaufen		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 098.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Florian Utz (SP): Gegenüber dem Vorjahr soll das Konto um 43 000 Franken erhöht werden. Die Stadtpolizei hatte im Jahr 2010 18 Diensthunde. Die Anzahl Hunde wurde mittlerweile auf 25 Diensthunde aufgestockt. Nächstes Jahr soll es 32 Diensthunde ge-

ben, in den Folgejahren soll die Anzahl Diensthunde weiter wachsen. Neu sollen auch Einsätze an Grossanlässen stattfinden können. Wir finden eine Ausweitung der Einsätze nicht sinnvoll. Wir sind für eine Weiterführung der bisherigen Einsätze, jedoch gegen eine Ausweitung. Die Diensthunde haben sich bewährt und sind sinnvoll. Eine massive Ausdehnung ist nicht sinnvoll. Deshalb beantragen wir eine Beibehaltung der Höhe des Budgets auf dem Stand 2014.

Mauro Tuena (SVP): Hunde sollen bei Einsätzen am 1. Mai eingesetzt werden. Die Polizei muss gegen randalierende Personen vorgehen können. Es sollten auch Wasserwerfer und Elektroschocker aus früheren Budgets gestrichen werden. Gummigeschosse wurden aus dem Budget gestrichen. Dieses Jahr sollen an solchen Einsätzen keine Diensthunde eingesetzt werden. Die Polizei hat klar begründet, weshalb eine Aufstockung der Anzahl Diensthunde notwendig ist. Wir können die Verbrecher und Chaoten nicht gegenüber der Polizei begünstigen und gleichzeitig die Polizei schwächen, indem ihre Mittel reduziert werden. Ich möchte Sie bitten, die zusätzlichen Diensthunde zu bewilligen.

Weitere Wortmeldungen:

Andreas Kirstein (AL): Es wurden einige Falschaussagen getroffen. Ich bin dafür, dem Betrag, der vom Stadtrat budgetiert wurde, zuzustimmen. Es wurde sehr sparsam budgetiert. Die RPK stellte mehrere Fragen. Es geht nicht um die Aufstockung von Diensthunden, um sie im unfriedlichen Ordnungsdienst einzusetzen. Es geht darum, dass die Diensthundeabteilung in der Vergangenheit einige Probleme hatte. Es soll ein vernünftiger Bestand aufgebaut werden, um die notwendigen Aktivitäten ermöglichen zu können. Es handelt sich bei diesen Einsätzen jedoch nicht um Einsätze an Demonstrationen, wie zum Beispiel am 1. Mai.

Florian Utz (SP): Ich habe die Frage nach Grossveranstaltungen gestellt und diese Frage wurde explizit beantwortet. Offensichtlich bekam Andreas Kirstein (AL) eine andere Antwort. Ich nehme gerne zur Kenntnis, dass derartige Einsätze offenbar nicht geplant sind. Ich verstehe dennoch nicht, weshalb eine massiv Erhöhung des Budgets notwendig sein soll.

Markus Hungerbühler (CVP): Offensichtlich wurden nicht alle Antworten zu den Fragen der RPK gelesen. Neu sollen Sprengstoffhunde angeschafft werden. Selbstverständlich handelt es sich um einen Kostenfaktor. Von einer massiven Erhöhung des Budgets kann nicht gesprochen werden.

Mauro Tuena (SVP): In den Antworten zu den Fragen der RPK steht, dass ein Einsatz am 1. Mai geprüft werde. Es ist problematisch, wenn das Polizeidepartement der RPK eine schriftliche Antwort erteilt und bilateral andere Aussagen trifft. Von einer massiven Erhöhung des Budgets kann tatsächlich keine Rede sein. Es ist notwendig, dass die Polizei ihre Möglichkeiten überprüft.

11 / 27

S. 204	25 2520 3199 0100	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Halten von Diensthunden				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
098.	Antrag Stadtrat				323 000	Mehrheit
			43 000		280 000	Minderheit
						Enthaltung
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP)
			Begründung:	Zurück auf Budget 2014 (Verzicht auf eine Erhöhung der Anzahl Polizeihunde, keine Ausdehnung des Einsatzbereichs auf Grossveranstaltungen)		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 53 Stimmen zu.

Antrag 099.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): Der Stadtrat will hier bereits berücksichtigen, dass in Zukunft mehr Ordnungsbussen erhoben werden sollen. Mit den Einnahmen aus Ordnungsbussen soll keine Finanzpolitik betrieben werden. Mit diesen zusätzlichen Einnahmen soll das Budget beschönigt werden. Das Budgetieren von Bussen, bei denen man nicht weiss, ob sie überhaupt erhoben werden, ist kontraproduktiv. Wir wollen nicht, dass die Polizei vor allem Ordnungsbussen verteilt.

Florian Utz (SP): Die Anzahl Bussen hängt mit der Anzahl Übertretungen zusammen. Der Stadtrat hat eine Schätzung vorgenommen, die auf Erfahrungswerten basiert. Wir haben keinen Anlass an dieser Schätzung zu zweifeln. Natürlich können wir einen Teil aus dieser Schätzung streichen, es ist jedoch nicht sinnvoll, Übertretungen nicht zu ahnden.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Es wurde gesagt, dass die Bussen mit Augenmass verteilt werden sollen. Gerade Handwerker und Baumeister, die in Parkverboten parkieren und etwas abladen müssen, berichten, dass Bussen zu schnell ausgestellt werden. Seitens des Polizeidepartements wird bestritten, dass eine zu erreichende Quote besteht. Jeder Mitarbeitende weiss, wie viele Busseneinnahmen budgetiert werden. Wenn der Betrag reduziert wird, müssten weniger Personen eingestellt werden, die Bussen verteilen. Das

Kleingewerbe muss geschützt werden. Viele Betriebe sind froh, wenn der Elektriker kommt. Wenn man sieht, dass dort jemand arbeitet, muss gegenüber den Handwerkern nachsichtig gehandelt werden.

Roger Liebi (SVP): *Ich wurde bei Stadtrat Richard Wolff bereits einmal wegen einem Lieferwagen vorstellig, der für den Parkplatz zu lang war. Eine alternative Parkmöglichkeit bestand nicht. Der Lieferant wurde gebüsst, obwohl er keine Alternativen hatte. Man muss mehr Augenmass walten lassen. Gerade dort, wo es zu wenig Parkplätze hat, wird ständig kontrolliert. Die Gewerbetreibenden werden ständig gebüsst. Manchmal muss man direkt vor dem Geschäft parkieren. Die Einsatzzeiten derjenigen, die diese Parkzeiten kontrollieren, sollen geändert werden. Eine Verlagerung auf den Abend wird angestrebt. Augenmass ist nicht erkennbar. Es ist offensichtlich, dass bei Geldmangel jede mögliche Einnahmequelle betrachtet wird. Entweder sind wir ehrlich und gehen gegen alle, die gegen das Gesetz verstossen gleichermassen vor oder wir sind unehrlich und bevorzugen einige, beispielsweise Velofahrer.*

Roger Tognella (FDP): *Florian Utz (SP) behauptete, das Budget sei durch eine Hochrechnung zustande gekommen. Diese Hochrechnung kann nicht fundiert sein. Es soll genau eine Million Franken mehr eingenommen werden. Wenn wir die Rechnung 2012 und 2013 anschauen, sehen wir dass man einmal 54 Millionen Franken und einmal 53 Millionen Franken an Bussgeldern einnahm, zeigt, dass die Erhöhung auf 58 400 000 Franken eine zunehmende Kriminalisierung der Bürger zur Folge hat. Es wird alles unternommen, um mehr Bussen einzunehmen. Es ist nicht falsch, dass Kontrollen durchgeführt werden. Es sollen auch die Zeiten, in denen Parkplätze bezahlt werden müssen, ausgeweitet werden. Dies wird zu einer Erhöhung des Kontrollapparats führen. Hier soll mit Bussen Finanzpolitik betrieben werden.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Ich bin ein sehr toleranter Mensch und bereit, Augenmass walten zu lassen. Mich stört, dass nur bei Park- und Geschwindigkeitsbussen Augenmass und Toleranz gefordert wird. In anderen Fragen wird die volle Härte des Gesetzes gefordert. Es wird Kuscheljustiz in den Bereichen Geschwindigkeitskontrollen und Parkplätze gefordert.*

S. 206	25 2520 4370 0101	POLIZEIDEPARTEMENT Stadtpolizei Ertrag aus Ordnungsbussen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
099.	Antrag Stadtrat				-58 400 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)

4 727 000 -53 673 000 Minderheit Dr. Urs Egger (FDP)
Referent, Martin Bürlimann
(SVP), Roger Liebi (SVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Weniger Aufwand für Ausstellung von Ordnungsbussen betreiben

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 44 Stimmen zu.

Antrag 100.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Die Mehrheit der RPK beantragt eine Kürzung um 100 000 Franken auf diesem Konto. Es geht hier nicht nur um Fahrzeuge, sondern auch um Schiffsmotoren. Fahrzeuge, deren Wert sich auf unter 100 000 Franken beläuft, werden auf dem Investitionskonto eingestellt, die übrigen Fahrzeuge werden über ein Aufwandkonto abgerechnet. Fahrzeuge können länger repariert und benutzt werden. Deshalb fordern wir eine Verbesserung um 100 000 Franken.

Mauro Tuena (SVP): Ich staune darüber, auf welchen Konten gespart werden soll. Bei der Stadtpolizei soll gespart werden, obwohl die Stadtpolizei bereits Sparmassnahmen einleitete. Die Stadtpolizei leistet gute Arbeit. Es ist notwendig, dass die Polizei das notwendige Material erhält. Es geht auch um Wertschätzung.

Weitere Wortmeldung:

Florian Utz (SP): Zu dem Zeitpunkt, als wir in der RPK über diesen Antrag abstimmen mussten, wussten wir nicht, wie dieser Erneuerungsrythmus aussieht. Wir hatten keine Ahnung, wie alt die zu ersetzenden Fahrzeuge sind. Wir haben eine Rückfrage gestellt. Es ist wichtig, gut funktionierendes Material zu besitzen. Die zu ersetzenden Fahrzeuge sind fünf Jahre alt. Wir sehen durchaus Potential zur Verlängerung der Lebensdauer der Fahrzeuge. Eine Benutzung um ein weiteres Jahr ist zumutbar.

S.	207	25	POLIZEIDEPARTEMENT			
		2520	Stadtpolizei			
		501424	Anschaffungen von Fahrzeugen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
100.	Antrag	Stadtrat			800 000 Minderheit	Roger Liebi (SVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP)

14 / 27

100 000	700 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		Enthaltung	Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Ersatzbeschaffung Fahrzeuge verlangsamen (analog Konto 3111 0000)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 22 Stimmen zu.

Antrag 101.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Die Minderheit ist der Ansicht, dass eine Erhöhung nicht notwendig ist.

Florian Utz (SP): Die Mehrheit ist der Ansicht, dass das Spesenreglement weiterhin gilt.

S. 208	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2525	Stadtrichteramt				
	3099 0000	Übriger Personalaufwand				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
101.	Antrag Stadtrat				22 000	Mehrheit
					10 000	
					12 000	Minderheit
						Enthaltung

Begründung: Erhöhung nicht notwendig

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 56 Stimmen zu.

15 / 27

S. 211	25 2550 3018 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Löhne von unselbständig erwerbenden Dritten (AHV)				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
102.	Antrag Stadtrat				961 200 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Raphaël Tschanz (FDP) Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
			96 100		865 100 Minderheit	
					Enthaltung	
			Begründung: Reduktion um 10 %			

Dr. Urs Egger (FDP) zieht namens der FDP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 103.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Christian Traber (CVP): Bei diesem Tabellenantrag wurden bereits 33 000 Franken gestrichen. Wir beantragen eine Kürzung um 44 500 Franken. Es geht vor allem um Druckkosten. Es wurde dargelegt, worum es geht. Eine Plafonierung auf die Rechnung 2013 ist machbar, auch wenn dafür Anpassungen, beispielsweise neue Logos, notwendig sind.

Florian Utz (SP): Über diese Begründung bin ich überrascht. Es wird eine Plafonierung auf die Rechnung 2013 gefordert, tatsächlich ist der Betrag geringer als derjenige der Rechnung 2013. In der Rechnung 2013 waren die Druckkosten auf drei verschiedene Konten verteilt. Seit 2014 existiert nur noch ein Konto. Diese Konten sind nicht vergleichbar. Ich habe dies beim letzten entsprechenden Antrag versucht zu erklären. Ebenfalls überraschend ist das Argument mit den neuen Logos. Das Polizeidepartement hat uns erklärt, dass Drucksachen mit dem alten Logo noch verändert wurden. Jetzt sind die Papiere mit dem alten Logo aufgebraucht, weshalb jetzt neue Papiere gedruckt werden müssen. Da in den letzten Jahren nichts Neues gedruckt wurde, müssen diese Dinge jetzt gedruckt werden. Wir sollten Schutz- und Rettung nicht dafür bestrafen.

16 / 27

S. 212	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2550	Schutz und Rettung				
	3101 0000	Druck-, Reproduktions- und Vervielfältigungskosten				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
103.	Antrag Stadtrat			330 000	Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Christian Traber (CVP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
		44 500		285 500	Mehrheit	
		Begründung: Plafonierung auf Niveau Rechnung 2013				

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 005. (pauschale Kürzungen) beantragt die Mehrheit neu eine Kürzung um 44 500 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 53 Stimmen zu.

S. 212	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2550	Schutz und Rettung				
	3112 0000	Anschaffungen IT-Anlagen Hardware				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
104.	Antrag Stadtrat			354 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Christian Traber (CVP) Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
		50 000		304 000	Minderheit	
					Enthaltung	
		Begründung: Ersatzbeschaffungen verlangsamen				

Samuel Dubno (GLP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

17 / 27

S. 212	25 2550 3116 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Anschaffungen medizinische Geräte				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
105.	Antrag Stadtrat				279 000	Mehrheit
			54 000		225 000	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Zurück auf Budget 2014			

Roger Tognella (FDP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

S. 213	25 2550 3170 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Reise- und Spesenentschädigungen des Personals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
106.	Antrag Stadtrat				450 000	Mehrheit
			50 000		400 000	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Plafonierung auf Niveau Budget 2014			

Roland Scheck (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück.

Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 107.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Wir möchten, dass sich die Dauer der WKs im Zivilschutz an den Minimalvorgaben orientiert und dass auf den Einsatz des Zivilschutzes am Zürich Tattoo verzichtet wird. Wir beantragen dies aufgrund der Kosten, die aus der Bundeskasse anfallen. Wir können mindestens eine Million Franken einsparen. Es gibt zur Dauer der WKs Vorgaben und es besteht ein Spielraum. Die Dauer der WKs hängt mit der Bedrohungslage und der Effizienz zusammen. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass die Sicherheit auch mit der Minimaldauer gewährleistet werden kann. Die Bedrohungslage ist nicht schlimm und wir sind der Ansicht, dass auch im Zivilschutz eine effiziente Arbeitsweise erstrebenswert ist. Zweitens beantragen wir die Streichung am Zürich Tattoo. Wir sind jedoch für Einsätze des Zivilschutzes für die Öffentlichkeit. Diverse Einsätze sehen wir jedoch kritisch, die Meisten bewegen sich jedoch in einem überschaubaren Rahmen. Das Zürich Tattoo macht 62 % aller Einsätze aus. Es ist problematisch, dass ein Einsatz auf diese Weise bevorzugt wird.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Polizeidepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Das Zürich Tattoo gibt es nicht mehr.

Martin Bürlimann (SVP): Die Zivilschutzdiensttage beziehen sich auf diverse Anlässe. Im Rahmen des Aktiv Plus wurde zwischen obligatorischen und ergänzenden Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft unterschieden. Diese Einsätze müssen andernfalls anderweitig durchgeführt werden, was mutmasslich teurer sein wird.

S. 213	25 2550 3180 0102	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter: Sold Milizfeuerwehr/Pikettdienste, Anlässe Zivilschutz, Entlassung aus Wehrpflicht				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				1 870 000	Minderheit
			40 000		1 830 000	Mehrheit
						Martin Bürlimann (SVP) Referent, Samuel Dubno (GLP), Roger Liebi (SVP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Reduzierung der WK-Dauer auf die gesetzlichen Vorgaben, kein Zivilschutz-Einsatz am «Zurich Tattoo»

Ausstand: Karin Weyermann (CVP)

19 / 27

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 36 Stimmen zu.

Antrag 108.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Wir beantragen eine weitere zusätzliche Kürzung um 134 000 Franken. Notwendig sind 10 000 Franken für die Harmonisierung der Lehrgänge für die Berufsfeuerwehr. Die restlichen Ausgaben sind unnötig. Externe Dienstleistungen müssen nur eingekauft werden, wenn das Know How intern nicht vorhanden ist. Niemand weiss mehr über die interne Organisation, als die Mitarbeitenden von Schutz und Rettung selbst. Hier braucht es kein externes Wissen.

Florian Utz (SP): Wir finden eine weitere Kürzung übertrieben. Es wurde bereits eine Kürzung vorgenommen.

S. 213	25 2550 3186 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
108.	Antrag Stadtrat				160 000	Mehrheit
			134 000		26 000	Minderheit
						Enthaltung

Florian Utz (SP) Referent,
Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
Vizepräsident Walter Angst (AL)

Begründung: Keine externe Beratung für Strategieumsetzung und Betriebskonzepte

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 020. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 134 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 42 Stimmen zu.

20 / 27

Antrag 109.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): Es geht um den Ersatz der Materialwirtschaftssoftware. Die neue Software soll programmiert werden. Die Mehrheit der RPK ist überzeugt, dass es eine Standardlösung für diese Software gibt.

Felix Moser (Grüne): Die Minderheit der RPK ist der Ansicht, dass die Kürzung nicht sinnvoll ist. Die veraltete Materialwirtschaftssoftware soll in die städtische SAP integriert werden. Es handelt sich um eine Standardsoftware.

S. 214	25 2550 3910 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Schutz und Rettung Vergütung an OIZ für IT-Leistungen				
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
109.	Antrag Stadtrat				2 782 600	Minderheit
			200 000		2 582 600	Mehrheit
						Enthaltung
						Felix Moser (Grüne) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP) Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP) Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
			Begründung:			
						Standardsoftware als Ersatz für die bisherige Materialwirtschaftssoftware

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 36 Stimmen zu.

Antrag 110.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Auch bei diesem Konto sind wir der Ansicht, dass die Ersatzbeschaffungen verlangsamt werden sollen.

Florian Utz (SP): Das Alter der Fahrzeuge ist eine wichtige Frage. Diese Fahrzeuge sind bereits 10 Jahre alt. Eine weitere Nutzung ist nicht zielführend.

21 / 27

S. 215	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2550	Schutz und Rettung				
	506100	Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
110.	Antrag Stadtrat				3 310 000	Mehrheit
			300 000		3 010 000	Minderheit
						Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP) Samuel Dubno (GLP) Referent, Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP)
						Begründung: Ersatzbeschaffung verlangsamen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 40 Stimmen zu.

Antrag 111.

Kommissionsmehrheit:

Roger Tognella (FDP): Es handelt sich um einen Platzhalterantrag. Wir haben das Postulat vor kurzem an den Stadtrat überwiesen, damit das Konzept in Zürich Nord umgesetzt werden kann. Das Löschfahrzeug soll nicht verkauft werden, solange die Lage unklar ist. Das Polizeidepartement, respektive Schutz und Rettung sollen sagen, wie die Einsatzdoktrin umgesetzt werden soll. In Zürich Nord besteht eine Unterversorgung. Eine Milizkompanie der Feuerwehr sorgt für Sicherheit in Zürich Nord. Mit einer zunehmenden Professionalisierung der Feuerwehr wird es dort zu einer Steigerung des Professionalisierungsgrads kommen. Es handelt sich somit um einen Platzhalterantrag. Nur noch der Stadtrat befindet sich in der Minderheit.

S. 215	25	POLIZEIDEPARTEMENT				
	2550	Schutz und Rettung				
	560610	Veräußerung von Maschinen, Geräten, Fahrzeugen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
111.	Antrag Stadtrat				- 120 000	Minderheit
						Vizepräsident Walter Angst (AL) Referent, Felix Moser (Grüne)

22 / 27

1 000 - 119 000 Mehrheit

Dr. Urs Egger (FDP)
 Referent, Präsidentin
 Rebekka Wyler (SP),
 Martin Bürlimann (SVP),
 Samuel Dubno (GLP),
 Roger Liebi (SVP), Andrea
 Nüssli (SP), Christian
 Traber (CVP), Raphaël
 Tschanz (FDP), Florian Utz
 (SP)

Begründung: Auf Verkauf Löschfahrzeug verzichten, bis Lage in Zürich Nord geklärt

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

Antrag 113.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): *Dieser Stadt geht es schlecht. Wir müssen uns mit gewissen Dingen begnügen und zurückhalten. Die Nutzungsdauer von Fahrzeugen muss verlängert werden und die Anschaffung von Fahrzeugen mit Hybrid- oder Elektroantrieb zurückgestellt werden. Wir beantragen die Verschiebung der Ersatzbeschaffung von zwei Dienstfahrzeugen um ein Jahr.*

Florian Utz (SP): *Die SVP beantragt die verzögerte Beschaffung neuer Fahrzeuge. Auch hier ist das Alter der Fahrzeuge relevant. Bei diesen Fahrzeugen ist eine Ersatzbeschaffung sinnvoll. Die Radarfallen rentieren, uns geht es jedoch vor allem um die Sicherheit.*

S. 216	25 2555 3111 0100	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Anschaffungen Fahrzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
113.	Antrag Stadtrat			35 000	88 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
					53 000 Minderheit	Martin Bürlimann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Ersatzbeschaffung von zwei Dienstfahrzeugen zurückstellen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 43 Stimmen zu.

23 / 27

Antrag 114.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Roland Scheck (SVP): Es gibt keinen Grund für eine Erhöhung des Budgets bei den Verkehrsregelungsanlagen. Das Budget ist bereits im Verhältnis zu den Vorjahren grosszügig bemessen und muss ausreichen.

Florian Utz (SP): Bei diesem Konto geht es um Lichtsignalanlagen. Die Lebensdauer einer Lichtsignalanlage beträgt ungefähr 20 Jahre, der derzeitige Sanierungszeitraum beträgt 27 Jahre. Dies ist sinnvoll. Der jetzige Antrag beantragt eine Sanierung, die alle 40 Jahre stattfinden soll. Eine solche Ausweitung des Zeitraums ist nicht sinnvoll und ausreichend.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): In den Diskussionen stellte ich fest, dass eine grundlegende Änderung nicht erwünscht ist. Wir haben einen Verkehrsexperten in die Kommission eingeladen. Dieser erklärte uns, wie die Lichtsignalsteuerung ohne diese Stausituation möglich wäre. Dies ist jedoch nicht erwünscht. Dieses angepasste System wäre um ein Vielfaches günstiger. Man sollte dieses System prüfen. Mit einer Verdichtung der Lichtsignale kann die Verkehrssituation in der Stadt nicht gemeistert werden. Wir brauchen möglichst wenige Lichtsignale.

Roger Tognella (FDP): Die Lichtsignalanlagen sollen funktionieren. In der Rechnung 2011 wurden 1 200 000 Franken ausgegeben, 2012 wurden 782 000 Franken ausgegeben, 2013, 2 100 000 Franken und im Budget 2014 waren 1 200 000 Franken budgetiert. Wir sollten uns anschauen, was unter Neu- und Umbauten verstanden wird. An der Birmensdorferstrasse ist die Erneuerung der Anlagen im Strassenbauprojekt budgetiert. Die RPK sollte schauen, ob dieses Geschäft tatsächlich so azyklisch ist oder ob das Erreichen eines Zyklus möglich ist.

S. 217	25 2555 3149 0101	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Kleinere Neu- und Umbauten: Verkehrsregelungsanlagen
--------	-------------------------	--

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
114.	Antrag Stadtrat			1 725 000	Minderheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)

24 / 27

450 000

1 275 000 Mehrheit

Martin Bürliemann (SVP)
Referent, Samuel Dubno
(GLP), Dr. Urs Egger
(FDP), Roger Liebi (SVP),
Christian Traber (CVP),
Raphaël Tschanz (FDP)

Begründung: Zurück auf Budget 2014

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 63 gegen 62 Stimmen zu.

Antrag 115.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): Mit dem Sammelantrag 18 wurde auf diesem Konto eine Kürzung vorgenommen. Wir beantragen eine zusätzliche Kürzung von 90 000 Franken. Der Einkauf von externen Dienstleistungen ist sinnvoll, wenn ein temporärer Mehraufwand besteht. Dies betrifft beispielsweise Nachfahrverbote, Sperrungen oder die Bedienung von Schranken sowie handwerkliche Dienstleistungen. Externe Berater für nicht unbedingt notwendige Angelegenheiten, Öffentlichkeitsarbeit und Kampagnen sind angesichts der Finanzlage unnötig. Diese Massnahmen vermisst niemand.

Florian Utz (SP): Bei diesem Antrag handelt es sich um einen Rasenmäherantrag in Kleinformat. Es wird nicht gesagt, bei welchen Projekten weiter gekürzt werden soll. Auf diesem Konto wurde bereits gekürzt.

S. 217 25
2555
3180 0000

POLIZEIDEPARTEMENT
Dienstabteilung Verkehr
Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
115.	Antrag Stadtrat			1 600 000 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
		90 000		1 510 000 Minderheit	Martin Bürliemann (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
					Enthaltung Samuel Dubno (GLP)

Begründung: Externe Unterstützung für diverse Vorhaben nicht notwendig

25 / 27

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 018. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 90 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 116.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Dieser Antrag befindet sich bereits in einer Tabelle. In den letzten viereinhalb Jahren habe ich in der Verkehrskommission miterlebt, was alles mit diesem Konto abgerechnet wurde. Die Aufträge werden an diejenigen Externen vergeben, die genau diejenigen Ideologien vertreten, wie auch die Auftraggeber in den Departementen. Entsprechend werden auch die Projekte realisiert. Es gibt Gründe für externe Arbeiten, jedoch ist der Umfang dafür zu gross.

Florian Utz (SP): Es geht um genau dasselbe wie beim vorhergehenden Antrag. Dieser Antrag zielt nicht auf bestimmte Projekte. Deshalb bitten wir Sie mit dem Stadtrat zu stimmen.

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): Im Tiefbaudepartement haben wir jedes Projekt einzeln betrachtet. Auch dagegen bestand in der RPK Widerstand. Wir werden nächstes Jahr bei diesem Konto genau eine Aufschlüsselung über die einzelnen Projekte fordern.

S. 217	25 2555 3182 0000	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
116.	Antrag Stadtrat				565 000	Mehrheit
			43 500		521 500	Minderheit
						Enthaltung

Begründung: Externe Beauftragung nicht überall zwingend erforderlich

26 / 27

Aufgrund der Zustimmung zu Antrag 019. (pauschale Kürzungen) beantragt die Minderheit neu eine Kürzung um 43 500 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen zu.

Antrag 117.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): *In der Stadt werden Parkplätze ständig abgebaut und es sollen die Parkgebühren erhöht werden. Diese Entwicklung ist für den Verkehr im Zusammenhang mit dem Gewerbe nicht akzeptabel. Die Parkgebühren sollen nicht erhöht werden.*

Florian Utz (SP): *Zu den Parkgebühren gibt es einen Entscheid des Gemeinderats. Der Stadtrat hält sich an den Entscheid des Gemeinderats.*

S. 218	25 2555 4270 0300	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Parkierungsgebühren für den gesteigerten Gemeindebrauch				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
117.	Antrag Stadtrat			1 105 600	-6 500 000 -5 394 400	<p>Mehrheit Florian Utz (SP) Referent, Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP)</p> <p>Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Martin Bürlimann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)</p> <p>Enthaltung Christian Traber (CVP)</p>
			Begründung: Keine Erhöhung der Parkgebühren			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 71 gegen 44 Stimmen zu.

Antrag 118.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roland Scheck (SVP): *Es geht um den Anteil der Dienstabteilung Verkehr bei den Tiefbauprojekten. Wir beantragen eine Reduktion um 215 000 Franken und eine Plafo-nierung auf dem Niveau der Rechnung 2013. Im Jahr 2013 funktionierte die Stadt bes-tens. Es handelt sich um Folgekosten aus Projekten des Tiefbaudepartements. Es*

27 / 27

braucht ein besseres Projektmanagement. Wenn ein Projekt gestartet wird, muss man sich über die Folgekosten Gedanken machen. Der Stadtrat hat keine Lösungen für die Sanierung der finanziellen Situation. Wir sollten uns auf dem bestehenden Niveau beschränken und uns an den vergangenen Jahren orientieren.

Florian Utz (SP): Das Konto ist abhängig vom Bauprogramm des Tiefbauamtes. Wir werden die Debatte später ausführlich führen.

S. 219	25 2555 501210	POLIZEIDEPARTEMENT Dienstabteilung Verkehr Bau von Verkehrseinrichtungen: Sammelkonto				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
118.	Antrag Stadtrat				11 800 000	Mehrheit
			215 400		11 584 600	Minderheit
						Enthaltung
			Begründung: Plafonierung auf Niveau 2013			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 54 Stimmen zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 32, Beschluss-Nr. 577/2014).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat